

Dialog Degrowth

Raus aus der Komfortzone

mit einge-
bei ist die
r katholi-
Jahrelang
vertuscht.
ommission
50 bis 2010
sieben Pro-
in Austrai-
en lag der
über. Auch
n den Jah-
4 Personen
holische In-
ngetreten.
ne die Vor-
erichtsver-
sten Geist-
e in Austrai-
eorge Pell,
nziskus mit
und verfügt
Gegen ihn
sich als jun-
als Erzbi-
haben soll.
gorisch ab.

Die Demonstranten, die in diesen Tagen mit Plakaten und Lautsprechern vor das Parlament und das Finanzministerium ziehen, sind siebzig Jahre und älter. Nach der Protestbewegung, die nach 2011 die linkspopulistische Podemos-Partei („Wir können“) stark gemacht hatte, fordern nun wütende Rentner mehr Geld. Bisher zählten sie zu den treuesten Wählern von Ministerpräsident Mariano Rajoy.

Die unzufriedenen Pensionäre bereiten der regierenden konservativen Volkspartei (PP) mittlerweile größere Sorgen als der ungelöste Katalonien-Konflikt. Denn in Umfragen verliert die PP kontinuierlich an Zustimmung, während die Opposition Morgenluft wittert. Besonders die Sozialisten (PSOE) wollen auf den Wunsch der Rentner nach „würdigen Pensionen“ eingehen: Seit mehreren Jahren sinkt schon die Kaufkraft der Rentner. Im vergangenen Jahr stiegen die Preise um mehr als ein Prozent, die Renten aber nur um 0,25 Prozent. Sozialisten und Podemos schlossen sich deshalb der Forderung der Rentner an, in diesem Jahr die Rente um

Verpräsident Rajoy. Er hat der PSOE „leere Versprechungen“ und „ungedechte Schecks“ vor. Sein Finanzminister ist bisher nur dazu bereit, älteren Rentnern komplett ihre relativ wenigen Steuern zu lassen. Rajoy's Volkspartei steht vor einem Dilemma: Sie möchte ihre Stammwähler nicht enttäuschen. Gleichzeitig will die PP den Aufschwung nach der schweren Wirtschaftskrise nicht durch neue Sozialausgaben gefährden. Zwar wächst die Wirtschaft, aber auch das Defizit der Sozialversicherung. Sie schloss im vergangenen Jahr mit dem höchsten Fehlbetrag in ihrer Geschichte in Höhe von 18 Milliarden Euro ab, den die Regierung mit zusätzlichen Krediten überbrücken musste. Die Rentenreserve ist seit 2011 von gut 66 Milliarden Euro auf acht Milliarden Euro geschrumpft. Sie war in den Jahren angelegt worden, als nach der Jahrtausendwende die Wirtschaft blühte, um die Renten der Baby-Boomer-Generation zu finanzieren, die bald in Rente geht.

Doch die große Krise hat diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Drei Millionen Arbeitsplätze gingen verloren – mit ihnen auch die Beiträ-

sprechen geringere Rentnerbeiträge. Doch die Ausgaben steigen, denn jetzt geht eine Generation in den Ruhestand, die jahrzehntelang vergleichsweise wenig einbezahlt hat und dadurch Ansprüche auf hohe Renten erworben hat.

Spanische Rentner erhalten im Durchschnitt tausend Euro im Monat. Mit rund 80 Prozent ihres letzten Gehalts nehmen die Spanier, die mit 67 Jahren pensioniert werden, einen Spitzenplatz in Europa ein. Die im EU-Durchschnitt (Griechenland) zweithöchste Arbeitslosenquote und die rapide Alterung der Bevölkerung führen dazu, dass die große Lücke für Spanien erst noch bevorsteht. Im Jahr 2050 wird mehr als ein Drittel der spanischen Bevölkerung älter als 65 Jahre sein. Das europäische Land hat dann nach Italien die zweitälteste Bevölkerung auf dem Kontinent. Die ersten Auswirkungen dieser Alterung werden bald zu spüren sein. In den nächsten Jahren die geburtenstärksten Generationen beginnen, in den Ruhestand zu gehen. Schon heute finanzieren zwei Beitragszahler einen Rentner. In den ärmeren Regionen wie Asturien sind es nur noch 1,2. In

Wichtiges in Kürze

seiner Wahl weiterhin für die Unabhängigkeit der Region einsetzen wird. Der frühere Regionalpräsident Carles Puigdemont, der geflohen ist, hatte

worden. Špírk äußerte dem Innenminister Kalinák habe die Vorwürfe als

Vorwort

Vorwort	1
Julia Balz: Naturschutz und Wachstum hängen zusammen	2
Clara Buer: „Grünes“ Wirtschaften rettet nicht den Planeten	6
Larissa Donges: Jugendverbände können Stachel im Fleisch sein	10
Katharina Ebinger: Machtverhältnisse infrage stellen	14
Nina Treu: Degrowth-Bewegung hat noch wenig feste Strukturen	19
Julika Tribukait: Globale Gerechtigkeit in den Fokus rücken	24

Impressum

denkhausbremen e.V.
am wall 174
28195 bremen
fon 0421 33048381
www.denkhausbremen.de

Die Interviews erscheinen in alphabetischer Reihenfolge. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Projektleitung:
Peter Gerhardt

Interviews:
Peter Gerhardt und Jonas Daldrup

Redaktion:
Peter Gerhardt, Jonas Daldrup und Michael Gerhardt

Fotos:
Eva-Maria Lopez | degrowth + pages, 2017-2018

Die Fotoserie legt den Blickpunkt auf die Aspekte von degrowth in persönlichen sowie alltäglichen Situationen in Deutschland und Frankreich. Die Fotos loten die Schnittmengen aus von Wachstum, Glück, Mobilität für Individuum und Gesellschaft.

Eva-Maria Lopez
Sophienstr. 169
76185 Karlsruhe
www.evalopez.net

Foto Vorderseite:
Eva-Maria Lopez | Graue Macht | pages, 2017-2018

Gestaltung:
Creative Studio Lena Heel

Gedruckt auf
100% Recyclingpapier



Förderhinweise:
Das Projekt "Dialog Degrowth" wird gefördert von:



Die Fotoserie „degrowth“ wird gefördert von:



Liebe Leserinnen und Leser,

die Umweltverbände sind in die Jahre gekommen. Nichtsdestotrotz gehören sie zu den mitgliederstärksten und am besten vernetzten Organisationen in Deutschland. Sind die Verbände aus der Zeit gefallen oder wichtiger denn je, damit unsere Gesellschaft zukunftsfähig wird? Was müssen sie tun, um wirkmächtig zu bleiben? Dazu ist denkhausbremen mit Aktivistinnen und Mitarbeiterinnen von BUND, Greenpeace, Konzeptwerk Neue Ökonomie, NABU, Naturfreunde und WWF ins Gespräch gekommen.

Reicht es in Zukunft aus, Vögel zu schützen, Regenwaldreservate zu fordern, auf Schornsteine zu klettern oder bei internationalen Konferenzen mit am Verhandlungstisch zu sitzen? Eben das zu tun, was gemeinhin mit Umweltverbänden in Verbindung gebracht wird... Oder geht es um viel mehr? Sicher ist, dass Umweltschutz immer weniger in nationalen Kategorien gedacht werden kann. Unser Rendezvous mit der Globalisierung zwingt auch die Verbände, ihre Strategie zu adaptieren.

Die befragten Expertinnen sind sich außerdem einig, dass Ressourcengerechtigkeit in Zukunft eine große Rolle spielen wird. Ohne gerechte Beziehungen zwischen dem globalen Süden und den reichen Industriestaaten werden Artenvielfalt oder Weltklima nicht zu schützen sein. Alle Interviewten unterstreichen die untrennbare Beziehung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz. Eine gesellschaftliche Transformation gebe es nicht ohne Sozialverträglichkeit für die Betroffenen.

Den Gesprächspartnerinnen geht es auch ums Wirtschaften an sich: Sie sind sich einige, dass unser BIP-fixierter Wachstumskurs durchbrochen werden muss. Wie weit können Umweltverbände daher noch in Projekten und Kampagnen mit Unternehmen und Konzernen kooperieren? Läuft der ersehnte gesellschaftliche Wandel nur über Verzicht?

Die befragten Aktivistinnen sehen jedenfalls Schnittmengen der Umweltverbände mit der wachstumskritischen Bewegung, die immer mehr junge Menschen anzieht. Auch in den Umweltverbänden fragten sich junge Aktive, was denn wirklich für ein "gutes Leben" nötig sei. Sie hinterfragen ihren eigenen Lebensstil und ihr Konsumverhalten. Liegt auf dieser persönlichen Ebene der Schlüssel zum Erfolg?

denkhausbremen hat für dieses Heft mit jüngeren Frauen aus den Umweltverbänden gesprochen. Deren Führungsetagen rekrutieren sich bislang vor allem aus Männern im besten Alter. Zukunftsfähig zu bleiben heißt daher für die Umweltverbände sicher auch, weiblicher und jünger zu werden - ebenso wie für Wirtschaft und Politik. Letztendlich lässt sich die Botschaft der Gespräche auf folgende Formel bringen: "Umweltverbände - raus aus der Komfortzone."

Wir bedanken uns für die Förderung durch das Umweltbundesamt und wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Die Crew von ● denkhausbremen



sevens+maltry / NABU

Julia Balz ist Referentin für Strategische Planung Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim NABU Bundesverband. In ihrer Funktion begleitet sie aktuelle Diskussionen und Entwicklungen in der Umweltpolitik, etwa zu Degrowth und sozial-ökologischer Transformation.

Julia Balz Naturschutz und Wachstum hängen zusammen

Die Diskussion um Postwachstum und sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft liege bei ihrer Arbeit für den NABU förmlich in der Luft, spürt Julia Balz. Bei klassischen Naturschutzthemen wie dem Erhalt der biologischen Vielfalt komme schnell auch die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs auf die Agenda. Die Wachstumsfrage stehe dann häufig mit im Raum.

Nicht nur in den Verbänden, sondern auch in Politik und Gesellschaft sieht Julia Balz aber noch deutlich mehr Potential, um in größeren Zusammenhängen zu denken. Um der Wechselbeziehung zwischen Ökonomie und Ökologie gerecht zu werden müssten wir ein überzeugendes Konzept entwickeln, wie ein besseres Wirtschaften aussehen könnte, fordert Balz.

Der aktuelle Diskurs zur Bioökonomie sei in dieser Richtung ein spannender Ansatz, an dem der NABU verbandsintern bereits arbeite. Traditionell sei ihr Verband zwar eher im Natur- und Artenschutz aktiv, aber Fragen von Naturschutz und Wirtschaftsweisen ergänzten sich eigentlich sehr gut.

● **denkhausbremen:** Die großen Umweltverbände haben sich über die Jahre immer weiter professionalisiert und feste Strukturen entwickelt. Sie sind bereits längere Zeit hauptamtlich für den NABU tätig. Welche Veränderungen haben Sie in dieser Zeit wahrgenommen?

Julia Balz: Der NABU ist in den letzten Jahren, die ich dort beschäftigt bin, sehr gewachsen. Das betrifft die Zahl der Mitglieder und Förderer, aber auch der Mitarbeitenden, auch im Fachbereich Naturschutz und Umweltpolitik, in dem ich tätig bin. Dazu habe ich den Eindruck, dass bestimmte gesellschaftliche Themen heute eine größere Rolle spielen. Diskussionen um Postwachstum und sozial-ökologische Transformation stehen in den letzten Jahren neben klassischem Naturschutz auch auf der Agenda. Die Beschäftigung mit diesen Themenfeldern nimmt zu, beim NABU wie auch in der gesamten Umweltszene. Da liegt etwas in der Luft.

Postwachstum steht auf der Agenda

● **Können Sie das konkret an etwas festmachen? Gibt es Projekte in diese Richtung?**

Das fängt mit Türgesprächen zwischen Kolleg*innen an. Teilweise bringen unsere jüngeren Referent*innen diese Ansätze direkt von der Uni mit. Sie werden aber auch von außen an uns herangetragen, etwa indem wir zu Veranstaltungen mit Bezug auf Degrowth eingeladen werden. Und wir selbst sehen und erleben bei den Themen, zu denen wir arbeiten, die Verknüpfung mit der Wachstumsfrage. Wenn wir die Biodiversität erhalten wollen, brauchen wir z.B. einen reduzierten Rohstoffverbrauch. Und das hängt doch ganz eng mit der Wachstumsfrage zusammen. Wir können so den Zeitgeist der aktuellen Debatten aufgreifen. Bei unseren Projekten versuchen wir seit jeher den gesamten Kontext zu beleuchten und vergessen nicht, welche sozialen Aspekte eine Rolle spielen



● **Sehen Sie hier noch Potential für mehr Arbeit in dieser Richtung beim NABU?**

Ja, ich sehe hier durchaus Potential, aber nicht nur für unseren Verband, sondern auch in der Politik und der Gesellschaft. Es gibt eine Bereitschaft, größere Zusammenhänge zu sehen und Bereiche zusammenzudenken. Hier muss aber noch viel passieren. Das kann gerade auch für Referent*innen eine Herausforderung sein, die ein eng umgrenztes fachliches Thema für den NABU bearbeiten.

© Eva-Maria Lopez | Börsenschaukel | pages, 2017-2018

- **Beim NABU wurde nun auch ein eigenes Team für ökonomische Fragen aufgebaut...**

Das ist ein wichtiger Schritt. Viele Fragen oder Problemlösungsvorschläge in den verschiedenen Themenbereichen hängen miteinander und eben auch mit ökonomischen Fragen zusammen. Oftmals ist die Ökonomie – im positiven wie im negativen – die Triebfeder für umweltwirksame Prozesse. Statt immer nur an einzelnen Schrauben zu drehen brauchen wir deshalb auch ein kohärentes Konzept wie ein Wirtschaften aussehen soll, in dem diese Fragen beantwortet werden.

- **Gibt es denn eine gemeinsame Linie der Fachreferent*innen des NABU zu ökonomischen Fragestellungen?**

Wichtig ist im ersten Schritt eine Vorstellung davon zu bekommen, was für ein Wirtschaften wir uns wünschen. Auf welche Vision möchten wir hier hinarbeiten. Dazu tauschen wir uns im NABU schon aus, beispielsweise auf fachübergreifenden Infoveranstaltungen und in Arbeitsgruppen. Wir haben unter anderem auch eine Arbeitsgruppe zum Thema nachhaltige Entwicklung und derzeit wird verbandsintern an einem gemeinsamen Verständnis zum Thema Bioökonomie gearbeitet. Darüber hinaus arbeiten wir an einer Fortentwicklung unseres „Masterplans 2020“, in dem wir vor einigen Jahren unsere Forderungen und Vorschläge für den Umwelt- und Naturschutz festgehalten hatten.



© Eva-Maria Lopez | legen wie hingeworfen | Paris, 2010-2017

- **Spielen sozial-ökologische Fragen oder Wachstumskritik denn in der Kommunikation nach außen für den NABU eine Rolle?**

Das steht in der Außendarstellung bisher nicht im Vordergrund. Das liegt vorwiegend daran, dass diese Themen beim NABU noch neu sind und jetzt erst intern heranwachsen. Solche Fragen kommunizieren wir aber heute immer wieder schon mit. Eine Reihe von NABU-Gruppen verknüpft ihre Naturschutzarbeit vor Ort mittlerweile mit sozialen Themen. Allerdings arbeiten viele eher im Stillen und hängen das nicht an die große Glocke.

- **Gibt es für die Umweltverbände strukturelle Hemmnisse, sich mit wachstumskritischen Themen zu beschäftigen?**

Das mag sein. Viele unserer Mitglieder haben traditionell einen starken Fokus auf den Natur- und Artenschutz. Von denen gibt es nicht unbedingt die Erwartungshaltung an den NABU, sich um scheinbar fernab liegende Themen wie die Frage des Wachstums zu kümmern. Dabei ergänzen sich die Fragen von Naturschutz und Wirtschaftsweisen

eigentlich sehr gut. Neulich haben wir den Titel „Biodiversität ist ohne nachhaltige Entwicklung nicht zu haben“ in die Welt gesetzt – der Begriff nachhaltige Entwicklung impliziert ein Wirtschaftsmodell, das nur mit einer Abkehr vom zügellosen Wachstum einhergehen kann. Man muss die engen Zusammenhänge hier gut kommunizieren und erklären, warum das eine mit dem anderen zusammenzudenken ist. Hier liegt noch Arbeit vor uns.

- **Wie können die Umweltverbände auch in Zukunft wirkmächtig bleiben? Ist die junge Degrowth-Bewegung ein Spielfeld für die Umweltverbände, auch um neue Menschen für Engagement zu gewinnen?**

Als Verband muss man in Bewegung und am Puls der Zeit bleiben. Wir sollten uns den Debatten stellen, die im Gange sind und wir müssen offen bleiben für andere Themen und die Verknüpfung von vielleicht auch neuen Zusammenhängen. Die Kernthemen des NABU bleiben aber auch in Zukunft wichtig. Nur weil andere politische Fragen wichtiger werden, sind die Umweltprobleme ja leider noch nicht gelöst.

Die Umweltverbände, ja letztlich alle Verbände, müssen aufpassen, dass sie sich trotz derzeitiger erfolgreicher Arbeit stetig thematisch und strukturell weiterentwickeln. Sonst besteht die Gefahr, dass Themen nur noch reaktiv bearbeitet werden können und junge Menschen nicht in die Verbände nachwachsen. Wenn die Umweltverbände Neues ausprobieren – sei es eine Zielgruppe, ein Thema oder ein Format – hat das natürlich auch Risiken. Hier wäre es sinnvoll einzuplanen, dass das nicht immer gleich funktionieren kann. Dazu braucht es Mut. Es ist eine stetige Herausforderung für alle Umweltverbände, Nachwuchs zu gewinnen.

- **Wie empfinden Sie den Austausch mit der Degrowth-Bewegung?**

Ich empfinde den Austausch als konstruktiv und inspirierend. Dies geschieht z. B. über die Kohle-Protestbewegung, die ja auch eine Schnittmenge mit der Degrowth-Bewegung hat. Manchmal gibt es jedoch von einigen Degrowth-Aktiven die Erwartungshaltung nach einer geschlossenen Postwachstumsstrategie des NABU, die wir nicht erfüllen können. Das bleibt ein gegenseitiger Lernprozess, der Offenheit von beiden Seiten erfordert.

Umweltverbände müssen am Puls der Zeit bleiben



Sonja Och | Greenpeace

Clara Buer ist Umweltwissenschaftlerin und Kampagnerin bei Greenpeace und arbeitet dort im Aktionsnetz. In den vergangenen Jahren engagierte sie sich unter anderem in der Bewegung gegen das Freihandelsabkommen TTIP.

Clara Buer

„Grünes“ Wirtschaften rettet nicht den Planeten

Unser Planet braucht dringend einen kompletten Wertewandel aller Menschen, ist sich Clara Buer sicher. Das Verhalten jedes einzelnen gehöre in ökologischer und sozialer Hinsicht auf den Prüfstand. Allein ein „grüner“ Umbau der Wirtschaft reiche nicht aus.

Die Wachstumslogik funktioniere nicht zusammen mit einem Planeten mit begrenzten Ressourcen. Die Degrowth-Bewegung liefere hier für die Umweltverbände wichtige Impulse zu einem Perspektivwechsel. Viele Muster und Gewohnheiten müssten hinterfragt und verändert werden. Weniger Wachstum sei jedoch in der Kommunikation für die Umweltverbände nicht einfach zu vermitteln.

Clara Buer sieht Greenpeace dennoch auf einem guten Weg: Man beschäftige sich intensiv mit dem Thema Gemeinwohl-Ökonomie, das zahlreiche Schnittmengen zur Degrowth-Bewegung biete, und habe eine Arbeitsgruppe zu Wachstumsfragen gegründet. Darüber hinaus dürften die Umweltverbände aber nicht ihre konkreten Kampagnen, wie z.B. zum Klimaschutz, aus den Augen verlieren.

denkhausbremen: Wie sind Sie zum professionellen Umweltschutz gekommen?

Clara Buer: Als Schülerin habe ich Nachhilfe gegeben und eine meiner Nachhilfeschülerinnen war bei Greenpeace aktiv. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, eine Greenpeace-Jugendgruppe in Münster zu gründen. Damals habe ich mich besonders mit dem Thema Atomkraft auseinandergesetzt, denn das Endlager Ahaus lag vor der Tür. Über die ganzen Jahre bin ich Greenpeace dann treu geblieben.

Die Umweltverbände haben sich zunehmend professionalisiert. Manche werfen ihnen daher verkrustete Strukturen vor. Was sind da Ihre Erfahrungen?

Klar gibt es einen Unterschied zwischen einem hauptamtlichen Arbeitsplatz und einem ehrenamtlichen Engagement an der Basis. Neben der Regelmäßigkeit eines



© Eva-Maria Lopez | frauen an ... | pages, 2017-2018

„Montags-Freitags-Jobs“ kommen eine Professionalisierung dazu sowie mehr Zeit, weil der Lebensunterhalt nicht anders verdient werden muss. Auf der anderen Seite kann ich als Ehrenamtliche frei entscheiden, für welche Kampagne und Aktion ich meine Zeit verwende. Natürlich gibt es auch manchmal sehr feste Strukturen. Für mich persönlich steht das aber noch in einem gesunden Verhältnis.

Nicht nur auf Greenpeace bezogen: Stellen die Umweltverbände nicht mehr die grundsätzlichen Machtfragen?

Ich hatte zum Beispiel bei der TTIP- bzw. CETA-Kampagne in den letzten Jahren schon das Gefühl, dass auch grundsätzliche Fragen angesprochen werden. Es stimmt natürlich schon, dass einige Bereiche in den Umweltverbänden sehr institutionalisiert sind. Da stehen dann weniger die Systemfragen im Vordergrund.

Wie sehen Sie die Debatte zum Thema Wachstumskritik, da geht es schließlich um die Systemfrage?

Bei uns hat sich eine Arbeitsgruppe zum Thema Wachstum gegründet, die aus ehrenamtlichen und hauptamtlichen Aktiven besteht. Ein Fokus dort ist der immer weiter

zunehmende Ressourcenverbrauch, auch im persönlichen Leben der einzelnen. Die Wachstumslogik funktioniert nicht zusammen mit dem einen Planeten mit begrenzten Ressourcen.

● **Hat die Umweltschutzbewegung da bisher nicht zu wenig drauf hingewiesen?**

Ja, die Wachstumsfrage kommt in der praktischen Arbeit der Umweltverbände häufig zu kurz. Allerdings werden die Fragen „was brauchen wir für ein gutes Leben“ oder „wann ist weniger mehr“ grundsätzlich in der Gesellschaft zu wenig gestellt. Gleichzeitig werden die Menschen durch Werbung zum Konsum aufgefordert. Das mit dem Blickwinkel weniger Wachstum aufzubrechen, ist sehr schwierig. Die Umweltverbände setzen daher eher auf sehr konkrete Kampagnen, um dann zumindest in diesem Bereich Erfolge zu verbuchen.

● **Ist das Verhalten der Verbände nicht auch der Kampagnen- und Spender*innen-Logik geschuldet?**

Da unterscheidet sich schon zwei Dinge. Die Umweltverbände müssen natürlich die gewünschten Adressatengruppen ansprechen. Die Themen sind daher sehr konkret und zielgruppengerecht aufbereitet. Wir konzentrieren uns zum Beispiel derzeit auf die Kampagne zum Abschalten der Kohlekraftwerke, damit das Klimaschutzziel 2020 in Deutschland erreicht werden kann. Daneben lassen wir dann aber schon ein Metathema wie den Ausbau der Erneuerbaren Energien mal zeitweise stehen. Grundsätzliche Suffizienzfragen kann man dagegen nicht einfach in eine Kampagne gießen. Das erfordert einen grundlegenden Wertewandel in der Gesellschaft.

Die Wachstumsfrage kommt bei Umweltverbänden zu kurz



© Eva-Maria Lopez | Green 01 | Paris, 2010-2018

● **Was könnten die Umweltverbände von der Postwachstums-Bewegung lernen? Geht es da zum Beispiel nicht viel hierarchiefreier zu?**

Neben mehr Basisdemokratie sollten sich die Umweltverbände auch grundsätzlichen Fragen wie „wie wollen wir eigentlich leben“ stellen. Die Degrowth-Bewegung ist hier stärker mit einem eigenen Perspektivwechsel beschäftigt: Welche Muster und Gewohnheiten müssen hinterfragt und verändert werden?

● **Ein Aspekt von Degrowth ist ja auch der Versuch, Ökologisches und Soziales zusammenzudenken. Sind die Umweltverbände dagegen auf dem sozialen Auge bisher blind?**

In der 80er Jahren mag das in Deutschland so gewesen sein. Bei Greenpeace als internationaler Organisation sind viele weltweite Kampagnen aber schon an „people power“ orientiert, was beispielsweise auch Meinungs- und Demonstrationsfreiheit beinhaltet.

● **Aber kann nicht die Umweltbewegung in Deutschland hier deutlich besser werden? Wie sieht es denn zum Beispiel beim Thema Kohleausstieg mit einer besseren Kommunikation der Umweltbewegung mit den betroffenen Arbeiter*innen aus der Braunkohle aus?**

Ja, das muss verbessert werden. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir eine schnelle bundesweite Entscheidung zum Kohleausstieg brauchen. Daraus ergibt sich dann natürlich ein Zielkonflikt mit den betroffenen Regionen und Menschen, der mit konkreten Lösungsansätzen aufgelöst werden muss.

● **Wie kann Greenpeace in Zukunft wirkmächtig bleiben?**

Bei Greenpeace sind wir gerade auf einem guten Weg der Veränderung. Wir wollen uns weiter öffnen, zum selbstverantwortlichen Arbeiten anregen und noch mehr die Ehrenamtlichen einbeziehen. Dabei müssen wir überfällige politische Entscheidungen für den Klimaschutz und aber auch wichtige Metathemen, wie den Wertewandel, im Auge behalten.

Das Thema Gemeinwohl-Ökonomie bietet zahlreiche Schnittmengen zur Degrowth-Bewegung: Wir retten den Planeten nicht nur damit, dass wir „grün“ wirtschaften. Wir brauchen einen kompletten Wertewandel. Unser Ziel darf nicht mehr sein, möglichst viel Geld zu verdienen, sondern ein gutes Leben zu führen. Hier können wir unser eigenes Handeln in ökologischer und sozialer Hinsicht überprüfen. Darüber hinaus sollten wir in diesem Zusammenhang auch hinterfragen, wie die Umweltverbände ihr Wissen besser austauschen und miteinander kooperieren können.

● **Konkret hat Greenpeace ist ja eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt...**

Mit unserer Gemeinwohl-Bilanz haben wir uns selbst den Spiegel vorgehalten. Da wurde unter anderem deutlich, dass Entscheidungsstrukturen noch verbessert werden können. Greenpeace kann sich auch noch weiter öffnen und verändern. Es geht auch um ein erweitertes Angebot für Ehrenamtliche, bei uns aktiv zu werden.

● **Ein großes Problem der Umweltbewegung ist, dass internationale Stiftungen mit viel Geld und eigener Agenda versuchen, verstärkt Einfluss zu erlangen. Wie schätzen Sie das ein?**

Für Greenpeace ist das kein Problem, da wir nur Spendengelder von Privatpersonen annehmen. Bei anderen Verbänden hat man schon hin und wieder den Eindruck, dass sie in ihren Forderungen nicht ganz so „bissig“ sind. Das hat dann unter Umständen mit Fördergeldern vom Staat oder von privaten Stiftungen zu tun. Ohne irgendwem etwas unterstellen zu wollen, sehe ich dieses Dilemma durchaus.

Umweltverbände sollten Wissen austauschen und miteinander kooperieren



Privat

Larissa Donges ist Bildungsreferentin für Umwelt und Nachhaltigkeit in der Bundesgeschäftsstelle der Naturfreundejugend Deutschlands. In Potsdam hat sie ehrenamtlich einen Gemeinschaftsgarten mitgegründet, in dem sozial-ökologische Transformation für sie beim Gärtnern und Imkern ganz praktisch erlebbar wird.

Larissa Donges

Jugendverbände können Stachel im Fleisch sein

Larissa Donges findet den Diskurs um die Grenzen des Wachstums längst überfällig. Bei jungen Menschen in ihrem Verband würden die Themen der Degrowth-Bewegung auf fruchtbaren Boden fallen, berichtet sie. Viele stellten sich die Frage: „Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben?“

Daher könnten auch bei anderen großen Umweltverbänden die Jugendorganisationen eine wichtige Rolle spielen und mit der Wachstumskritik zum „Stachel im Fleisch“ werden. Die Suffizienz-Debatte sei dabei ein guter Einstieg, da viele Bereiche des Alltags, wie Verkehr, Konsum oder Landwirtschaft, hier angesprochen würden.

Die großen Umweltverbände müssten jedoch auch den Mut aufbringen, ihre alte Kanäle zu verlassen und neue Bündnisse etwa mit Sozialverbänden einzugehen, fordert Larissa Donges. In einzelnen Projekten könnten sie verstärkt Zielgruppen ansprechen, die nicht aus akademischen Haushalten der Mittelschicht kämen. Klar sei aber auch, dass ein Umweltverband auch in Zukunft nicht alle Milieus bedienen könne.

● denkhausbremen: Die Umweltverbände haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte professionalisiert und feste Strukturen entwickelt. Wie ist das zu beurteilen?

Larissa Donges: Das hat Vor- und Nachteile. Je professioneller und größer Institutionen oder Verbände werden, umso starrer können sie auch werden. Festgelegte Abläufe können natürlich eine Arbeitserleichterung sein und Professionalität bringt oft größere Sichtbarkeit, dafür laufen Prozesse aber auch langsamer und weniger spontan. Man kann nicht mehr ohne große Abstimmung auf Themen reagieren.

● Ein Teil der Professionalisierung besteht auch darin, dass die Umweltverbände sich auf ihr gesellschaftliches Klientel und die Medien eingespielt haben. Sie suchen pragmatisch gemeinsam mit Unternehmen nach Lösungen. Fällt so nicht grundsätzliche Systemkritik hintenüber?

Es arbeiten zwar nicht alle Umweltverbände mit Unternehmen zusammen. Aber es braucht aufgrund der vielen Erwartungshaltungen an die Umweltverbände immer mehr Mut, um unbequeme Fragen zu stellen. Das passiert dann, zumindest im nach außen sichtbaren Bild, nicht oft genug. Häufig geht z.B. das Thema Wachstumskritik eher von Einzelpersonen aus oder findet sich in inoffiziellen Statements wieder. Die Jugendverbände der großen Umweltverbände können da oft eigene Akzente setzen und der „Stachel im Fleisch“ sein, wie auch wir bei der Naturfreundejugend.

Degrowth fällt bei jungen Menschen auf fruchtbaren Boden

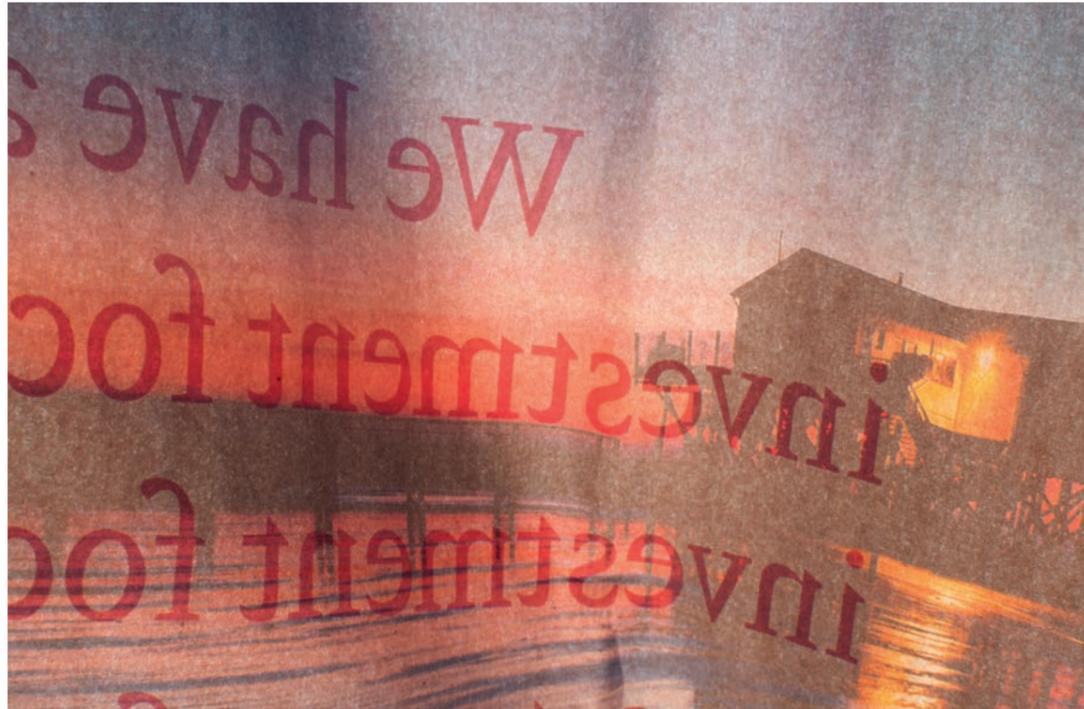


© Eva-Maria Lopez | beson de rien; dans la rue | Paris, 2017

● Wie sehen Sie die Diskussion um die Grenzen des Wachstums?

Ich finde den Diskurs darüber längst überfällig, in ökologischer wie sozialer Hinsicht. Beispielsweise stehen junge Menschen heutzutage unter einem extrem hohen gesellschaftlichen Druck. Einige Stichwörter sind da Beschleunigung, Lebenszeitverdichtung, lückenloser Lebenslauf, das Höher-Schneller-Weiter. Dazu kommen ökologische Probleme wie der Klimawandel oder beunruhigende politische Umbrüche. Das führt oft zu Überforderung. Manche stürzt es in eine Sinnkrise, andere hinterfragen diesen Status Quo sehr selbstbewusst: Warum soll ich dem kapitalistischen System maximal dienen? Was macht für mich eigentlich ein gutes Leben aus? Und wie kann ich selbst nachhaltiger leben? Da kommt dann das Thema Degrowth stark ins Spiel.

Es zeigt sich, dass auch ein Leben ohne grenzenloses Wachstum attraktiv sein kann.



© Eva-Maria Lopez | o.T. | pages, 2017

Also eine Lebensweise, die nicht Mensch und Umwelt gleichermaßen zerstört. Statt Bruttoinlandsprodukt als höchstem Maß zählen z.B. Werte wie soziale Kontakte oder auch Zeitwohlstand. Hier fällt das Thema Degrowth bei den jungen Menschen auf fruchtbaren Boden.

● **Können Sie als Jugendverband diese Zielgruppe gut ansprechen?**

Natürlich greifen wir auch Themen auf, die im Kontext von Degrowth stehen. Seit einigen Jahren verlegen wir z. B. mit dem Format der Sozialen Wanderungen den „Seminarraum nach draußen“: Mal ein Wochenende gemeinsam in der Natur unterwegs sein und sich dort mit den Themen einer sozialen und ökologischen Transformation auseinandersetzen. Hier kommen dann auch schnell Aspekte der Wachstumskritik, wie z.B. Entschleunigung, bessere Arbeit oder gemeinschaftliches Zusammenleben auf die Agenda. Das Konzept wird gut angenommen, da hier Wandel in Bewegung greifbar und erlebbar wird.

● **Die Fragestellungen rund um Degrowth interessieren vor allem junge Menschen. Gibt es denn auch Ideen in den Jugend-Umweltverbänden, die durch die „erwachsenen“ Umweltverbände stärker aufgegriffen werden könnten?**

Hier ist schon eine Bewegung in den letzten Jahren zu merken. Einige Verbände, die aus dem klassischen Naturschutz kommen, haben da etwas länger gebraucht, da beispielsweise die Befürchtung besteht, dass die Themen bei den Mitgliedern keinen Anschluss finden. Bei den Naturfreunden waren Kapitalismuskritik und Gerechtigkeitsfragen von jeher ein Beweggrund, da der Verband aus der Arbeiterbewegung entstanden ist. Sozial und ökologisch gehört hier schon lange zusammen.

Konkret können die Umweltverbände für ihre Mitglieder eine Eintrittspforte in das Thema Degrowth z.B. über die Suffizienz-Debatte schaffen. Dabei soll es nicht um Verzicht gehen. Vielmehr soll es um Fragen gehen wie: „Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben?“ oder „Wie schaffen wir es, nicht über die Verhältnisse anderer zu leben?“ Hier kann man dann viele Bereiche öffnen, wie z.B. Verkehr, Konsum oder Landwirtschaft. Da tut sich was bei den großen Umweltverbänden, aber es gibt noch viel Luft nach oben.

● **Bei den Naturfreunden ist es aufgrund der Geschichte recht einfach, das Thema Wachstumskritik mitzudenken. Wie sieht es da bei den anderen großen Umweltverbänden aus?**

Suffizienz-Fragen sind immer schnell mit Verzicht und erhobenem Zeigefinger verbunden. Wichtig sind deshalb die positiven Erfolgsgeschichten, mit denen man Mitglieder abholen und mitnehmen kann. In unserer Gesellschaft sitzt jedoch die Einstellung sehr tief, dass sich Probleme mit Wachstum und Effizienz lösen lassen. Hier braucht es Mut und gute Argumente. Da haben wir als Jugendverband einen Bildungsauftrag, Bewusstsein zu schaffen und Menschen zu befähigen, Wandel mitzugestalten. Wir bieten z.B. zusammen mit anderen Jugendumweltverbänden regelmäßig eine Transformationsakademie an, in der auch die Utopie einer anderen Gesellschaft gedacht werden kann.

Klar ist aber auch, dass in (Jugend)Umweltverbänden ganz verschiedene Lebenswelten von Mitgliedern zusammenkommen, was auch entscheidend für die Themen ist. Die Arbeit sollte nicht „top down“ funktionieren, sondern die Themen sollten von den Aktiven von unten gesetzt werden.

Bei der Naturfreundejugend gibt es z.B. ein großes Spektrum an Interessen: Ein 17-jähriger angehende Schreiner aus Süddeutschland hat natürlich andere Themen als eine 23-jährige Studentin aus Berlin. Manchmal fällt das Verständnis der Lebenswelten des anderen da schwer. Das gilt auch für die anderen Umweltverbände, daher kann auch nicht ein großes Thema wie Degrowth von oben vorgegeben werden – so funktioniert der Beteiligungsprozess nicht.

● **Wie können die Umweltverbände auch in Zukunft wirkmächtig bleiben? Was ist neben der Beteiligung der Aktiven an den Themen noch wichtig?**

Ein wichtiger Aspekt ist, dass man soziale und ökologische Themen grundsätzlich nicht trennen kann. So können auch wichtige Kooperationen und Bündnisse mit Sozialverbänden oder anderen Akteuren realisiert werden. Die Stärkung von Teilhabe und Partizipation aller Bevölkerungsschichten sollte ein wichtiges Ziel sein. Wenn sie nicht immer bloß Eulen nach Athen tragen möchten, dann müssen Umweltverbände verstärkt auch Zielgruppen ansprechen, die nicht aus einem akademischen Haushalt der Mittelschicht kommen.

● **Wie schafft man das?**

Man muss neue Bündnisse eingehen und seine gängigen Kanäle verlassen. Wir hatten z.B. schon Kooperationen mit einer „Migrant*innen“-Selbstorganisation oder mit einem kirchlichen Jugendverband aus dem ländlichen Raum. Da stoßen unterschiedliche Welten aufeinander, aber das kann an vielen Stellen ein Gewinn sein.

Das Ganze ist natürlich ein langer und schwieriger Prozess. Ein klassischer Umweltverband wird auch in Zukunft nicht alle Milieus bedienen können. Wichtig sind jedoch die Kooperationen in konkreten Einzelprojekten, die eine Öffnung für andere Gesellschaftsschichten ermöglichen. Spannend finde ich, dass z.B. bei uns immer mehr Geflüchtete aktiv sind. Das geht mittlerweile bis in die ehrenamtliche Arbeit hinein. Die Vielfalt der Aktiven muss in den Verbänden als Bereicherung wahrgenommen werden und verdient eine Förderung

Nicht immer bloß Eulen nach Athen tragen



Privat

Katharina Ebinger ist Vertreterin der BUNDjugend in der Wissenschaftskommission und der AG Suffizienz des BUND und Beisitzerin im BUND-Landesvorstand Baden-Württemberg. Sie studiert Politik, Verwaltung und internationale Beziehungen in Friedrichshafen am Bodensee.

Katharina Ebinger

Machtverhältnisse infrage stellen

Die Theorie vom grünen Wachstum hält Katharina Ebinger für einen Mythos. Noch gebe es in den Umweltverbänden eine gewisse Skepsis gegenüber den Forderungen der Degrowth-Bewegung. Dennoch könnten die großen Umweltverbände in der sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen, glaubt Ebinger.

Bislang vernachlässigten sie in ihrer klassischen Naturschutzarbeit zum Teil die Sozialverträglichkeit ihrer Forderungen. Dabei zeigten Studien zur Umweltgerechtigkeit, wie sehr ökologische und soziale Fragen zusammenhängen.

Häufig fehle es den Umwelt-NGOs schlicht an wirtschaftlicher und sozialpolitischer Kompetenz. Daher wäre es aus Ebingers Sicht sinnvoll, hier eigene Expertise aufzubauen und so zum geeigneten Gesprächspartner für Sozialverbände und Gewerkschaften zu werden. Der Umweltschutz müsse raus aus der Komfortzone: Ein "Weiter so" in grün dürfe es nicht geben, fordert Katharina Ebinger.

● **denkhausbremen:** Die Umweltverbände haben sich professionalisiert, aus einer sozialen Bewegung sind festere Strukturen mit gut funktionierenden PR-Abteilungen geworden. Was halten Sie von dieser Entwicklung?

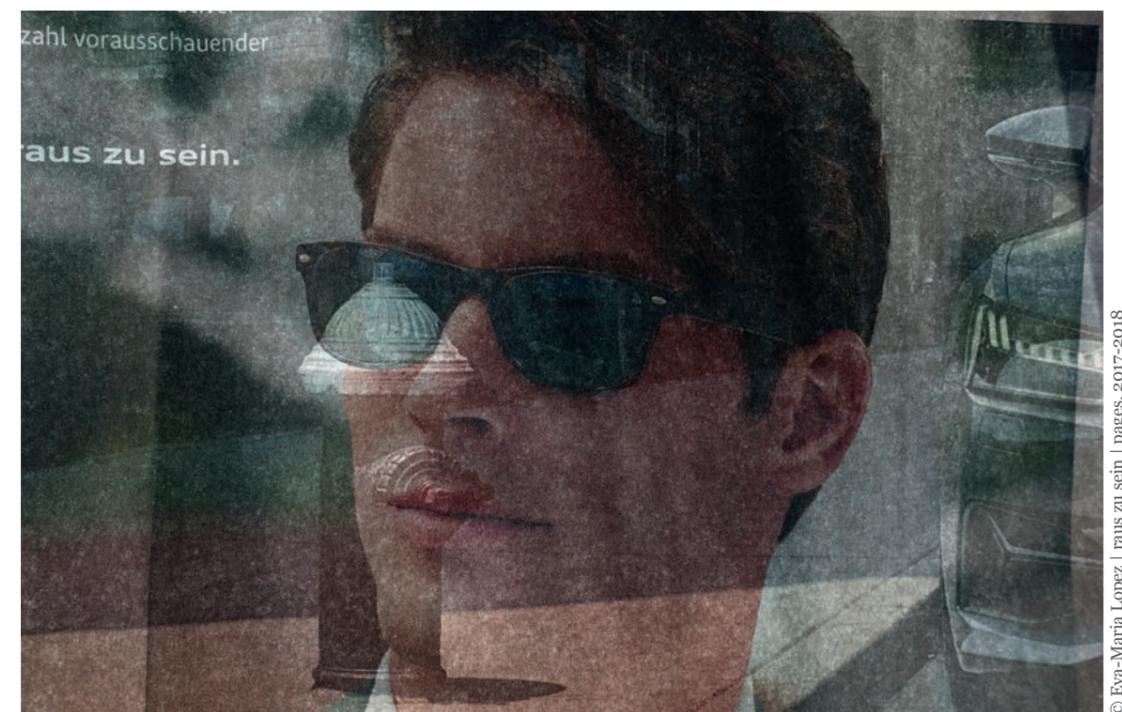
Katharina Ebinger: Es kommt drauf an, wovon genau wir sprechen. Wenn wir unsere Zusammenarbeit und die Ansprüche, die wir an unsere Arbeit stellen, professionalisieren, dann finde ich das gut. In den Jugendverbänden versuchen wir immer wieder zu reflektieren, wie wir arbeiten und welche Strukturen und Methoden wir nutzen sollten. Statt purem Aktionismus auch diese Dinge im Kopf zu haben, halte ich für sehr wichtig.

Professionalisierung kann aber auch bedeuten, dass Verbände weniger basisdemokratisch arbeiten und stattdessen immer mehr einer Stiftung oder Agentur ähnlich werden. Diese Entwicklung sehe ich kritisch, da eine intransparente und hierarchische Art zu arbeiten tendenziell den Regeln des bestehenden Systems folgt und so systemerhaltend wirkt. Damit kommen wir an die Symptome der Probleme vielleicht heran, gehen aber nicht an deren Wurzel. Die Umweltverbände sollten für eine andere Art zu arbeiten stehen – und in den Organisationen Werte wie Achtsamkeit, Kooperation und Solidarität fördern, statt allein auf Effizienz und schnelles Wachstum zu setzen.

● **NGOs arbeiten darüber hinaus mit Unternehmen zusammen. Werden grundsätzliche Fragen wie die nach den Machtverhältnissen in der Gesellschaft dadurch eher ausgeblendet?**

Diese Einschätzung würde ich durchaus teilen, auch wenn es zwischen den einzelnen Verbänden natürlich große Unterschiede in der Art der Kooperation gibt. Erstmal finde ich es wünschenswert, wenn NGOs sektorübergreifend auch mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden kooperieren. Entscheidend ist aber, wie so eine Zusammenarbeit konkret aussieht. Mit wem genau lässt man sich ein? Mit welchem Ziel, und unter welchen Bedingungen? Ich würde eine Zusammenarbeit mit den Elektrizitätswerken Schönau (EWS), die Ökostrom anbieten und mit ihrem Geld auch ökologische Projekte fördern, anders bewerten als eine Partnerschaft mit EnBW oder Daimler. Die Grenze zum Greenwashing kann da schnell überschritten werden. Es wäre eine gefährliche Botschaft zu sagen, dass „grüner Konsum“ alle Probleme löst.

Grenze zum Greenwashing schnell überschritten



© Eva-Maria Lopez | raus zu sein | pages, 2017-2018

Wir brauchen für Kooperationen transparente Regeln. Der BUND in Baden-Württemberg hat z. B. sehr strenge Leitlinien für Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen. Die überprüfen wir gerade wegen der neuen Situation, dass glücklicherweise immer mehr Unternehmen mit einem sozial-ökologischen Selbstverständnis entstehen, die sich auch mit Ideen von Postwachstum beschäftigen.

● **Auch wenn inzwischen immer mehr Unternehmen sozial-ökologische Kriterien beachten wollen – gegenwärtig dürfte kaum möglich sein, dem Wachstumszwang zu entkommen. Wie stehen Sie zur Diskussion um Wirtschaftswachstum und ökologische Grenzen?**

Ich bin jedenfalls keine Verfechterin von Grünem Wachstum. Das halte ich für einen Mythos. Sicherlich ist es sehr schwierig, unter kapitalistischen Zwängen im Sinne von Postwachstum zu wirtschaften. Schwierig heißt aber nicht unmöglich. Ein Unternehmen muss z. B. nicht unbedingt gewinnorientiert sein oder um jeden Preis wachsen. Ich finde es schade, wenn wir den Menschen, die eine sozial-ökologische Transformation durch unternehmerisches Handeln anschieben möchten, von vornherein jede Legitimation absprechen. Ist zwar nicht mein persönlicher Zugang, aber ich finde es wichtig, da neugierig und offen zu bleiben. Schließlich sollen bestimmte Branchen ja wachsen und solche Unternehmen sind auch wichtige Vorbilder. Sie zeigen, dass anders wirtschaften geht, wir dafür aber geeignete Rahmenbedingungen brauchen. Vielleicht ein Schritt von vielen.



© Eva-Maria Lopez | peripherique | Paris, 2010-2017

● **Sollten die Umweltverbände bei der sozial-ökologischen Transformation unseres Wirtschaftssystems federführend sein?**

Die Idee ist gut und ich unterstütze das, wobei es lange nicht nur um das Wirtschaftssystem geht. In der Praxis wird es aber schon deswegen schwierig, weil den Verbänden bislang die wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz fehlt. Ohne weitere Verbündete wird es für uns schwierig, Forderungen im Bereich der Sozial- oder Wirtschaftspolitik zu stellen, die über eine sozial-ökologische Steuerreform hinausgehen. Wenn die Umweltverbände verstärkt eigene sozialwissenschaftliche Kompetenzen entwickeln, dann könnten sie dadurch zum geeigneten Gesprächspartner für Sozialverbände und Gewerkschaften werden. Natürlich wäre auch für die noch einiges zu



© Eva-Maria Lopez | o.T. | degrowth, Karlsruhe, 2017

tun, um sich als Akteure einer sozial-ökologischen Transformation zu verstehen. Eine echte Zusammenarbeit kann jedenfalls nur funktionieren, wenn wir uns gegenseitig zuhören und die Herausforderungen und Sorgen der Anderen gut verstehen. Dazu sehe ich uns gerade leider nur bedingt in der Lage, da wir zu oft von der eigenen Perspektive eingenommen sind und die nötigen Kapazitäten noch nicht geschaffen sind.

● **Vielleicht braucht es einfach seine Zeit, bis die nötige Expertise auch innerhalb der NGOs entsteht?**

Ich glaube nicht, dass dies eine reine Zeitfrage ist. Wir müssten schon so ehrlich sein zu sagen, dass es treibende Kräfte in den Verbänden und ihrem Umfeld gibt, die für diese Diskussionen offen sind. Und dass es wiederum andere Menschen in den NGOs gibt, die sich davon eher bedroht fühlen. Denn natürlich arbeiten die etablierten Umweltverbände zu einer ganzen Bandbreite an Themen. Da geht es immer wieder auch darum, welchen Stellenwert ein Thema hat, wie viele Mitarbeiter*innen es in welchem Bereich gibt und wo vorhandene Gelder eingesetzt werden.

In Bezug auf Degrowth & Co. gibt es sicherlich eine gewisse Skepsis in den Verbänden, z. B. weil die klassischen Naturschützer*innen befürchten, dass ihre Themen irgendwann keine Rolle mehr spielen. Ein Nachhaltigkeitsverband kommt aber nicht umher, auch inter- und transdisziplinär zu arbeiten.

● **Wenn Sie die Sozialpolitik als mögliches Feld für eine breitere thematische Aufstellung der Verbände anführen: Sind die Umweltverbände bislang auf dem sozialen Auge blind?**

Mein Eindruck ist, dass häufig noch mit einem letzten Satz erwähnt wird, dass die geforderten ökologischen Verbesserungen auch sozialverträglich sein sollten. Was das dann genau heißt und wie das konkret funktioniert, das fällt dabei oft hinten runter. Dabei zeigen Studien zur Umweltgerechtigkeit, wie sehr ökologische und soziale Fragen zusammenhängen.

Wenn ich mir anschaue, wer in den Verbänden selber aktiv ist, aus welchen sozialen Milieus die Menschen dort kommen, dann fehlt manchmal schlicht die Erfahrung und die Sensibilität dafür, was es heißt, von Ungerechtigkeit oder Prekarität betroffen

Führungsebenen der Umweltverbände: bürgerlich, männlich, weiß und alt

Engagement hat viel mit Privilegien zu tun

zu sein. Die deutschen Umweltverbände sind in ihren Führungsebenen überwiegend bildungsbürgerlich, männlich, weiß und alt – egal ob auf Bundesebene oder vor Ort. Wir müssen uns fragen, woran das liegt. Ich glaube, dass es bei den Mitgliedern da schon heterogener aussieht.

Engagement hat viel mit Privilegien zu tun, man muss es sich finanziell wie kulturell leisten können. Wir müssen uns auch trauen, Machtfragen zu stellen. Soziale Gerechtigkeit können wir nur dann mit Ernst und Substanz fordern, wenn es uns selbst gelingt, diverser zu werden.

● Was müsste die Umweltbewegung Ihrer Meinung nach tun, um in Zukunft wirkmächtig zu bleiben?

Ich würde mir zunächst wünschen, dass die Bewegung so vielfältig bleibt, wie sie ist. Für den BUND selber sehe ich verschiedene Felder, um Themen wie Suffizienz und eine sozial-ökologische Transformation stärker voranzubringen. Zum einen brauchen wir ein Suffizienz-Mainstreaming im Verband, um dieses Querschnittsthema fest in unserer Arbeit zu verankern. Wir müssen unsere Gruppen vor Ort sprechfähig machen und Projekte wie Repair Cafés, Urbane Gärten und Lastenräder vor Ort fördern. Wichtig ist auch, dass wir für geeignete politische Rahmenbedingungen für solche Initiativen streiten.

Wir sollten stärker als bislang Allianzen bilden, insbesondere mit Sozialpartnern. Dazu braucht es informelle Räume, um überhaupt miteinander ins Gespräch zu kommen und das zu institutionalisieren. Bis eine Gewerkschaft sich zusammen mit einem Umweltverband öffentlich hinstellt und Forderungen erhebt, muss viel gegenseitiges Vertrauen und Offenheit für die Denkweise des Anderen vorhanden sein. Das wird viel Zeit und Mühe kosten, aber anders geht es nicht.

Ein weiteres Feld ist für mich die strategische politische Kommunikation, in Politik, Zivilgesellschaft und Medien. Wir müssen Agenda Setting betreiben und den Anspruch formulieren, nicht auf Kosten anderer leben zu wollen. Wir brauchen klare Ziele und müssen dafür geeignete Framings und Narrative entwickeln.

Diese Ansätze müssten noch viel strategischer gedacht, priorisiert und klug verzahnt werden. Für all das ist in den Verbänden ein bewusster Lernprozess und die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses nötig. Denn für die sozial-ökologische Transformation gibt es keinen Masterplan.

● Stimmt, der klassische Naturschutz stellt nicht unbedingt gleich die Systemfrage.

Genau. Vielleicht müssen wir uns trauen, auch mal wieder ungläubig angeschaut und als Spinner*innen abgetan zu werden. Quasi raus aus der Komfortzone, um zu sagen: Wir wollen einen grundlegenden Wandel! Und nicht ein „Weiter so“ in grün. So haben die Ökos ja damals angefangen – und wurden verlacht dafür, dass sie Dinge wie „Atomkraftwerke abschalten!“ gefordert haben. Einige der früheren Forderungen sind im Laufe der Zeit durch diesen Mut zum Common Sense geworden, wurden aber an bestehende Machtverhältnisse angepasst. Und die sollten wir sichtbar machen und in einer Allianz mit sozialen Akteur*innen aufbrechen.



Privat

Nina Treu ist Mitbegründerin des Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig und war Team- und Programmkoordinatorin bei der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz. Sie ist Teil der Webredaktion von www.degrowth.de und koordiniert aktuell die Degrowth-Sommerschule 2018.

Nina Treu

Degrowth-Bewegung hat noch wenig feste Strukturen

Laut Nina Treu hat sich die wachstumskritische Bewegung bisher kaum institutionalisiert. In vielen Degrowth-Projekten werde eher basisdemokratisch zusammengearbeitet, in wenig gefestigten Strukturen. Die meisten Aktivist*innen in der Degrowth-Bewegung kämen zwar eher aus dem bürgerlichen Milieu. Es gebe aber ein klares Bestreben, auch andere Bevölkerungsschichten zu erreichen.

Den großen Umweltverbänden schreibt Nina Treu weiterhin eine wichtige gesellschaftliche Rolle zu. Sie leisteten erfolgreiche Arbeit in der Umweltbildung und im politischen Streiten um bessere Umweltgesetze. Treu sieht jedoch durchaus die Gefahr, dass die Umweltverbände letztlich zu systemimmanent und reformerisch werden könnten.

Sie ist davon überzeugt, dass Aktive aus Umweltorganisationen und Degrowth-Bewegung gleichermaßen bereits jetzt ihren persönlichen Lebensstil hinterfragen. Auf der politischen Ebene gingen die Degrowther dann jedoch noch einen Schritt weiter, auch indem sie die soziale Frage immer an zentraler Stelle mitdenken.



© Eva-Maria Lopez | true believers | pages, 2017-2018

Degrowth-Bewegung bemüht sich, diverser zu werden

- **denkhausbremen:** Die Umweltverbände blicken auf eine lange Verbandsgeschichte zurück und haben sich zunehmend professionalisiert. Wie schätzen Sie die Umweltbewegung ein?

Nina Treu: Aus meiner Sicht sind die großen Umweltverbände immer noch relevante Player. Sie setzen u.a. noch zahlreiche Dinge im Bereich Umweltbildung- und -gesetzgebung um, die man nicht unterschätzen sollte. Sie sollten jedoch darauf achten, dass sie nicht zu systemimmanent und reformerisch werden. Sie sollten Nachhaltigkeit nicht nur ökologisch sehen, sondern Soziales und Ökologisches zusammen denken.

- **Wie sieht das denn in der Postwachstumsbewegung aus? Gibt es hier nicht auch schon Machtstrukturen und Alphatiere?**

Zunächst ist die Frage, von wem man spricht. Die Umweltverbände lassen sich leicht einrahmen, bei der Degrowth-Bewegung ist das viel schwieriger. Einzelpersonen, die unter dem Label Postwachstum auftreten, kann man daher nicht mit offiziellen Sprecher*innen von Umweltverbänden vergleichen. Meiner Meinung nach ist die Degrowth-Bewegung fast noch gar nicht institutionalisiert. Das Konzeptwerk macht zwar viele Projekte im Bereich Degrowth. Die Ausgestaltung der Projekte verläuft jedoch sehr basisdemokratisch. Die Formen der Zusammenarbeit sind also noch nicht so gefestigt wie bei den Umweltverbänden.

- **Aber gibt es nicht schon einen hohen Grad an gleicher Sprache, die sehr auf politische Korrektheit achtet?**

Was für die Umweltbewegung gilt, nämlich dass sie stark von dem Bildungsbürgertum geprägt ist, das gilt bisher auch für die Degrowth-Bewegung. Sie hat zwar den Anspruch, nicht nur Ökologie zu denken, die Aktivist*innen haben aber meist einen hohen Bildungsgrad und kommen aus gut abgesicherten Verhältnissen. Es gibt auch Ausschlussmechanismen wie in anderen homogenen Gruppen. Es gibt es jedoch auch ein starkes Bemühen, in diesem Punkt diverser zu werden.

- **Sind die Aktivist*innen von „Ende Gelände“ eigentlich ein Teil der Degrowth-Bewegung?**

In erster Linie ist „Ende Gelände“ ein Teil der Klimagerechtigkeits- und Anti-Kohle-Bewegung. Erkennbar sind dort jedoch durchaus Degrowth-Argumente für eine grundsätzliche neue Ökonomie. Darüber hinaus gibt es dort Personen, die auch im Degrowth-Umfeld aktiv sind. Es ist aber nach meiner Einschätzung in der Gesamtheit keine Degrowth-Aktion.

- **Die letzte große internationale Degrowth-Konferenz 2016 in Budapest machte doch einen sehr akademischen Eindruck. Die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit war für viele oftmals nur mit einem Spiegelstrich in einer Power Point-Präsentation abgehandelt. Wenn man tatsächlich die Gesellschaften gerechter gestalten wollte, würde es zu großen Widerständen kommen. Gibt es dafür überhaupt ein Bewußtsein in der Degrowth-Bewegung?**

Bisher sind wir gewohnt, dass es gemeinhin für Politikvorschläge Akteure wie Parteien und Bewegungen gibt, die das Thema umsetzen können. Die Degrowth-Bewegung benennt dagegen bisher die Probleme in ihrem gesamten Ausmaß. Daher kann das nicht gleich mit ein paar Politikmaßnahmen abgebildet werden. Das Wachstums-Paradigma ist in unseren Gesellschaften so festgeschrieben, dass Degrowth da manchmal fast weltfremd wirkt.

- **Aber werden denn eigentlich nicht bestimmte Begriffe in der Postwachstums-Bewegung, wie z.B. „die große Transformation“, bereits von anderen Akteuren gekapert? So wie der Begriff „nachhaltig“ der Umweltbewegung längst von der Wirtschaft übernommen wurde?**

Bei „Nachhaltigkeit“ stimmt das natürlich: Der Begriff passt aber auch in ein Umfeld, das Reformen in unseren Industriestaaten für ausreichend hält. Daher ist es in der Degrowth-Bewegung wichtig zu schauen, wer den Begriff „Transformation“ besetzt. Der Begriff „Degrowth“ ist dagegen an sich schon eckiger und kann nicht so leicht vereinnahmt werden.

- **Dass Ökologie und Soziales zusammengedacht werden müssen, haben wir ja schon angesprochen. Den Umweltverbänden wird häufig vorgeworfen, dass sie auf dem sozialen Auge blind sind. Ist das denn bei der Degrowth-Bewegung wirklich anders?**

Ich würde da zwischen den konkreten Aktionen in der Praxis vor Ort und den größeren politischen Zusammenschlüssen unterscheiden. Viele Degrowth-Aktive hinterfragen ihren eigenen Lebensstil und versuchen hier etwas zu ändern. Gleichzeitig treffen sie da auf Grenzen, wo ein gemeinsamer politischer Kampf notwendig wird. Den persönlichen Lebensstil betrachten sicher auch viele Mitglieder der Umweltverbände. Auf der politischen Ebene gehen die Degrowther*innen dann schon ein Stück weiter als die klassische Umweltbewegung. Die meisten Organisationsstrukturen in der Degrowth-Bewegung denken die soziale Frage in allen Fragestellungen mit. In der öffentlichen Wahrnehmung wird jedoch derzeit noch mehr Ökologie „hineingelesen“, als die Aktiven tatsächlich bewegt.

- **Aber überwiegt nicht in der gelebten Praxis der Degrowth-Bewegung der Ökologie-Anteil? Geht es nicht eher um vegane Schuhe, als um Hartz IV-Empfänger*innen?**

Was heißt denn eigentlich „die soziale Frage mitdenken“? Sicher finden sich noch wenige Degrowth-Bewegte in Hartz IV-Beratungen. Dagegen lehnen Degrowther*innen z.B. gutbezahlte Jobs bei Großkonzernen ab, die überall nur Menschen ausbeuten.

- **Aber das können nur Menschen machen, die finanziell abgesichert sind...**

Das würde ich nicht so sehen. Es gibt auch Leute ohne reiche Eltern, die von 800 Euro leben wollen. Häufig sind das jedoch Menschen, die nicht aus einem armen familiären Umfeld stammen und daher nicht ständig um ihre finanzielle Existenz kämpfen mussten. Man sollte Degrowther*innen aus einem bürgerlichen Umfeld je-

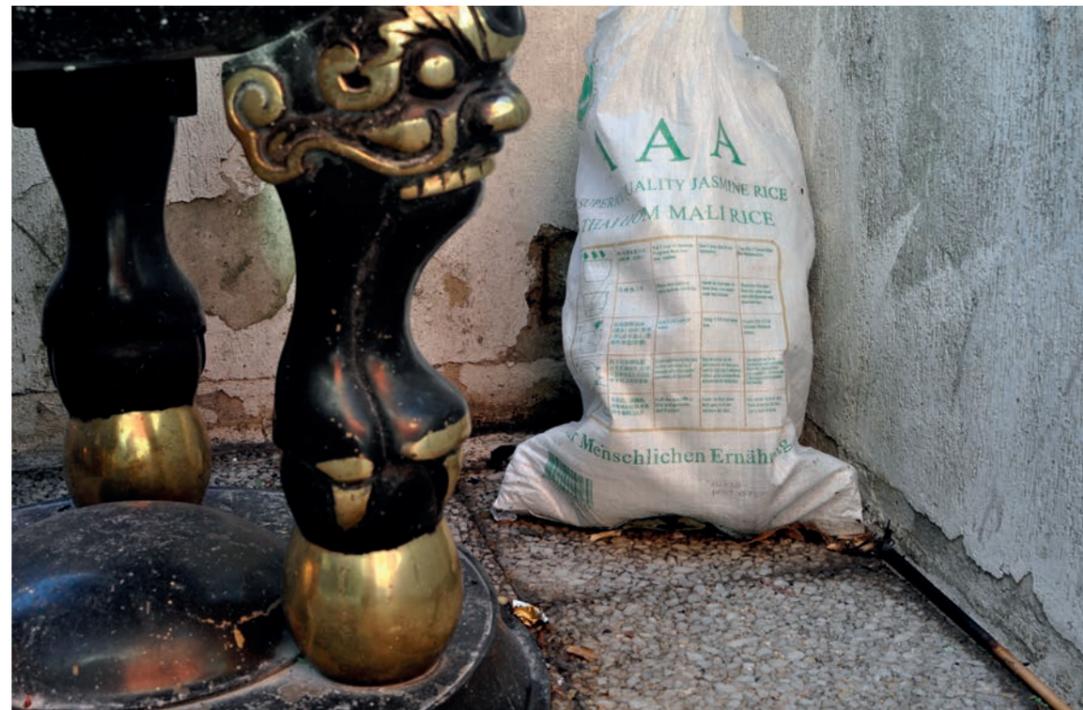
Wachstum so normal, dass Degrowth fast weltfremd wirkt

Die Bewegung braucht Menschen, die in die Politik hineinwirken

doch auch nicht gegen Menschen aus einkommensschwachen Verhältnissen ausspielen. Wir vom Konzeptwerk setzen selbstverständlich auch Forderungen wie höherer Mindestlohn, Erhöhung der Hartz IV-Sätze und Hartz IV-Sanktionen abschaffen auf die Agenda.

● Wo steht die Degrowth-Bewegung in zehn Jahren?

Ich hoffe, dass die Aktiven in dem Umfeld weiter Druck von unten aufbauen für eine ganz andere Wirtschaftspolitik. Die Bewegung wird jedoch auch Menschen brauchen, die in die Politik hineinwirken oder selbst in der Politik sind, die den Druck von unten aufgreifen. Die Postwachstumsthematik muss dann bei weiteren gesellschaftlichen Playern verankert werden, wie z.B. beim Dialog Degrowth von denkhausbremen mit den Umweltverbänden. Hier sieht man auch deutlich die Widersprüche: Wie kann man einen Degrowth-Gedanken in ein System hineintragen, das von Wachstum bestimmt wird? Ich würde mir wünschen, dass die Degrowth-Bewegung verstärkt in andere Bewegungen und Akteure hinein gewirkt hat, die derzeit noch gar nicht involviert sind, wie z.B. die Gewerkschaften. Degrowth bietet zahlreichen Verbänden und Bewegungen einen konkreten Andockpunkt für ökologische und soziale Fragen und könnte so für eine Verbreiterung des Diskurses für eine sozialere und ökologischere Gesellschaft hilfreich sein.



© Eva-Maria Lopez | o.T. | Dalle, Paris 2010-2017

● Ist Degrowth auch ein Modell für den globalen Süden?

Wir sagen deutlich, dass Degrowth erstmal ein Modell für den globalen Norden ist. Wir wollen aber eine prinzipielle Abkehr vom Wachstumsparadigma, um überall selbstbestimmte Entwicklung zu ermöglichen. Das heißt, wir sollten uns die Frage stellen, was überall auf der Welt ein gutes Leben ermöglicht – und vom einseitigen Pfad der industriellen Entwicklung abkommen. Oft wird ja gesagt, Umweltpolitik können sich nur die leisten, die sozial abgesichert sind. Das trifft für die Industrieländer oft zu. Im globalen Süden ist die derzeitige Wirtschaftspolitik jedoch ökologisch und sozial fatal. Hier ist Umweltpolitik auch immer Sozialpolitik – wenn Bauern von ihrem traditionell bewirtschafteten Land vertrieben werden, damit dort eine Autofabrik entsteht, ist das Wachstumspolitik auf Kosten der Armen und der Umwelt.

● Aber gibt es nicht gerade bei der Durchschnittsbevölkerung im globalen Süden einen Wunsch nach stärkerem Konsum, wie z.B. einem funktionierenden Kühlschrank?

Häufig werden die Menschen hier jedoch mit falschen Versprechungen geködert und ihnen ist nicht klar, was die Veränderung ihrer Wirtschaft, die den Kühlschrank ermöglichen soll, alles bedeutet. Also welche Gesamtkosten der mögliche Konsum verursacht. Will ich Strom und Kühlschrank, wenn ich dafür mein Land aufgeben muss und von einem Konzern abhängig werde? Hält der seine Versprechen? Die Frage ist doch immer, auf wessen Kosten das Wachstum geht. Klar gibt es z.B. in Indien und China durch das Wachstum eine erstarkende Mittelschicht. Das geht aber auf Kosten vieler Menschen vom Land, deren traditionelle Lebensweise gerade zerstört wird.



Privat

Julika Tribukait arbeitet für den WWF als Projektkoordinatorin für Mangroven im Bereich Meeresschutz. Davor war sie in der Entwicklungszusammenarbeit und der Politikberatung im In- und Ausland beschäftigt und hat zu verschiedenen Umweltthemen wie Wasser und Abfall gearbeitet.

Julika Tribukait Globale Gerechtigkeit in den Fokus rücken

Julika Tribukait ist davon überzeugt, dass Umweltfragen und soziale Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Da sie selbst lange in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert war, stehe für sie immer auch der Aspekt der globalen Gerechtigkeit mit im Fokus. Aus ihrer Sicht sollten Umwelt- und Entwicklungsverbände daher enger zusammenarbeiten.

Die Degrowth-Bewegung stelle grundsätzliche Fragen und fordere u. a. Verzicht und Suffizienz. Das sei zwar in der Kommunikation nach außen schwierig, aber in jedem Fall notwendig. In diesem Spannungsfeld gebe es bei den Umweltorganisationen bereits viele interessante Ansätze, die nicht im Widerspruch zu Postwachstumstheorien stünden.

Für den notwendigen Wandel unseres Wirtschaftens sind nach Meinung von Julika Tribukait Strategien auf verschiedenen Ebenen erforderlich: Neben Kooperationen mit der Privatwirtschaft, für die der WWF bekannt sei, dürfe auch der Staat nicht aus seiner wichtigen Rolle als Regulator entlassen werden.

denkhausbremen: Wie sind Sie zum Umweltschutz und zu Ihrem Job beim WWF gekommen?

Julia Tribukait: Ich habe Geografie studiert, wobei meine Herzensangelegenheit immer die Schnittstelle Mensch-Umwelt war. Danach war ich zunächst in der Entwicklungszusammenarbeit tätig und habe mich bisher Umweltthemen aus der Entwicklungsperspektive genähert. Jetzt arbeite ich erstmalig für eine Umweltschutz-Organisation. In den Umweltverbänden steht die ökologische Perspektive im Vordergrund. Hier ist es wichtig die sozialen und entwicklungspolitischen Aspekte dennoch ausreichend mitzudenken.

Belichtet die Umweltbewegung die Bereiche Menschenrechte und Soziales unter?

Meiner Meinung nach sind Umweltfragen und soziale Fragen untrennbar miteinander verbunden. Früher vermittelten die Umweltverbände häufig das Bild, dass die Natur dann gut und geschützt sei, wenn der Mensch darin so wenig wie möglich vorkommt. Das kann aber kein langfristiger Ansatz sein. Dieses Bild ändert sich zunehmend und soziale Faktoren werden bei aktuellen Projekten viel stärker mitgedacht. Gleichzeitig hat die Umweltbewegung damit zu kämpfen, entsprechende Forderungen sichtbar werden zu lassen und hier gehört zu werden. Die Gesellschaft erwartet von den Umweltverbänden immer noch hauptsächlich Antworten auf Umweltfragen. Grundsätzlich glaube ich, dass Umwelt- und Entwicklungsverbände stärker voneinander lernen und enger zusammenarbeiten sollten.

Degrowth-Konzepte stellen die Systemfrage



Haben Sie aus Ihrer praktischen Arbeit ein Beispiel, was sich dort aktuell in diese Richtung ändert?

Das ist ein zentraler Aspekt meines Jobs. Ich koordiniere beim WWF eine internationale Initiative zum Mangrovenschutz. Die Initiative wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert. Dadurch ist der entwicklungspolitische Fokus eine Grundvoraussetzung. Darüber hinaus besteht beim WWF Einigkeit darüber, dass ein verbesserter Schutz der Mangroven nur gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung erreicht werden kann. Die Mangroven sind nämlich eine wichtige Ressource für die Menschen vor Ort.

● **Glauben Sie, dass in der wachstumskritischen Bewegung Themen diskutiert werden, die auch für die Umweltverbände relevant sein können?**

Absolut! Degrowth-Konzepte stellen allerdings häufig die Systemfrage und sind in der Regel mit Verzicht bzw. Reduktion verbunden. Solche Modelle sind in der Kommunikation für die Umweltverbände schwierig. Trotzdem muss Wachstumskritik nach meiner Einschätzung eine größere Rolle spielen, da wir auf dieser Erde nunmal mit begrenzten Ressourcen agieren. Wichtig ist, wie das kommuniziert wird: Wie kommt man von dem schlechten Image des Verzichts weg? Wie kann man einen gesellschaftlichen Konsens finden, wie mit begrenzten Ressourcen umgegangen werden kann? Für mich spielen geschlossene Kreisläufe und gerechtere Verteilung dabei eine zentrale Rolle. Hierzu gibt es bereits Ansätze in der Umweltbewegung, die keinerlei Widerspruch zu Postwachstumstheorien darstellen.

● **Haben die Umweltverbände nicht auch deswegen Probleme mit dem Thema Degrowth, weil ihre Mitglieder und Spender*innen aus dem wohlhabenden Teil der Bevölkerung kommen?**

Das spielt sicherlich eine Rolle, obwohl viele Unterstützer*innen der Umweltbewegung ihren eigenen Konsum schon kritisch hinterfragen und auch bereit sind, sich einzuschränken. Man kann jedoch nicht von jedem einzelnen erwarten, dass er in allen Lebensbereichen zu 100 Prozent umweltbewusst agiert. Das liegt auch daran, dass die Informationslage – auch für mich als Verbraucherin – sehr komplex geworden ist. Ich stehe im Supermarkt vor dem Obst- und Gemüseregal und stelle mir zum Beispiel die Frage: „Wie ist jetzt die Gesamt-Energiebilanz eines Apfels aus einem europäischen Nachbarland im Vergleich zu einem heimischen Apfel, der lange gekühlt wird?“

● **Braucht es hier nicht auch eine staatliche Regulierung durch klare Regeln und Gesetze?**

Auf jeden Fall. Es gibt unterschiedliche Wege den notwendigen Wandel unserer Wirtschaftsweise zu erreichen, so z.B. auch durch die Kooperation mit privatwirtschaftlichen Akteuren. Der WWF ist für seinen kooperativen Ansatz bekannt und muss dafür auch oft Kritik einstecken. Innerhalb der bestehenden Strukturen halte ich die Zusammenarbeit mit Unternehmen jedoch für eine wichtige Säule. Wenn Umweltverbände Missstände der Wirtschaftsweise öffentlich anprangern, dann sollten sie den wirtschaftlichen Akteuren auch eine wirksame Hilfestellung in Richtung Nachhaltigkeit anbieten. Allerdings gerät meiner Meinung nach in aktuellen Debatten der Umwelt- und Entwicklungsarbeit die Rolle des Staates, der reguliert und regelt, zu sehr ins Hintertreffen. Ich denke Kooperation mit der Wirtschaft darf nicht mit abnehmender Verantwortung des Staates einhergehen.

● **Manche Aktivist*innen in der Degrowth-Bewegung nehmen die Umweltverbände als Dinosaurier mit einer Hierarchiestruktur wie Konzerne wahr...**

Natürlich haben die Umweltverbände sich stärker institutionalisiert und professionalisiert. Das ist aber nicht per se negativ zu bewerten, da die Umweltorganisationen so zu relevanten gesellschaftlichen Playern geworden sind. Dadurch konnten Umweltthemen konsens- und gesellschaftsfähig werden. Ob dadurch der Kontakt zur Basis gelitten hat, kann ich nicht umfassend für alle Umweltverbände beantworten. Die Strukturen beim WWF empfinde ich persönlich keineswegs als starr und strikt. Natürlich gibt es fest etablierte Vorstände, die es so bei basisdemokratischen Strukturen nicht gibt. Wir arbeiten aber in erster Linie in einer starken internationalen Netzwerkstruktur, die viel Raum für Ideenentwicklung und Aushandlungsprozesse lässt.

● **Sollten sich die Umweltverbände nicht trotzdem ein kleines „radikaleres Beiboot“ als Thinktank leisten, auf dem neue Ideen entstehen und wachsen können?**

Die Idee höre ich zum ersten Mal. Ein solcher Thinktank wäre aber eine gute Plattform, um Soziales und Ökologisches noch stärker zusammenzudenken. Die Frage wäre dann aber schon, wie weit das „Beiboot“ mit den Verbänden verknüpft ist und ob es auch autonom für sich sprechen und agieren kann. Ich würde mir wünschen,

Globale Umweltgerechtigkeit ist zentrales Thema der Zukunft



© Eva-Maria Lopez | Gefährliche Theorien | pages, 2017-2018

dass eine solche Ideenschmiede sich aus Mitgliedern verschiedener Umwelt- und Entwicklungsverbände zusammensetzt und eine eigene Stimme erhält.

● **Wie kann die Umweltbewegung auch in Zukunft erfolgreich bleiben?**

Ich denke das Thema globale Gerechtigkeit muss noch stärker in den Fokus rücken. Das hängt in der Umsetzung natürlich auch davon ab, wie eine Organisation im Einzelnen international aufgestellt ist. Dass es nicht mehr ausreicht, in Umweltfragen nur national zu denken, zeigen z.B. die aktuellen Debatten um Klima- und Meeresschutz. Die übergeordneten Themen der Zukunft sind globale Umweltgerechtigkeit und internationale soziale Gerechtigkeit. Hier können die Umweltverbände einen großen Beitrag leisten.

Die Umweltverbände sind in die Jahre gekommen. Nichtsdestotrotz gehören sie zu den mitgliederstärksten und am besten vernetzten Organisationen in Deutschland. Sind die Verbände aus der Zeit gefallen oder wichtiger denn je, damit unsere Gesellschaft zukunftsfähig wird? Was müssen sie tun, um wirkmächtig zu bleiben? Dazu ist denkhausbremen mit Aktivistinnen und Mitarbeiterinnen von BUND, Greenpeace, Konzeptwerk Neue Ökonomie, NABU, Naturfreunde und WWF ins Gespräch gekommen. Letztendlich lässt sich die Botschaft der Gespräche auf folgende Formel bringen: "Umweltverbände – raus aus der Komfortzone."